

Stellungnahme "Umgang mit Gewalt"

Die SPD Herford nimmt die Ängste der Menschen in Herford ernst. Die Vorfälle der letzten Tage lösen Bestürzung und Angst aus. Auch Rettungskräfte oder Ordnungsbehörden erleben ihnen gegenüber ein erhöhtes Gewaltpotenzial. Helfende werden angegriffen.

Wir setzen uns dafür ein, dass präventive Angebote der Initiativen und Vereine weiter gestärkt und die finanziellen Mittel zukünftig planbar zur Verfügung gestellt werden.

Sparsamkeit in diesem Bereich ist auf keinen Fall annehmbar. Präventive Kinder- und Jugendarbeit sichert das morgige Miteinander.

Die präventiven Angebote müssen noch fokussierter ausgebaut und Bedarfe ernster ermittelt werden.

Die Thematik „Gewalttaten“ betrifft alle kommunalen Gremien der Hansestadt Herford, in allen kommunalen Gremien müssen nun die richtigen Weichen gestellt werden. Dafür ist es aber wichtig, dass die Polizei ihre Statistiken und ihre Erfahrungen auch mit den Gremien teilt und in einen Austausch tritt.

Nur so können wir lösungsorientiert handeln. Die Aussage, dass es dafür nur auf Kreisebene den Polizeibeirat gibt, ist für uns nicht mehr zeitgemäß. Wir vor Ort starten viele Initiativen mit finanziellen Mitteln aus und planen weitere Maßnahmen. Dafür müssen wir aber auch über die Gegebenheiten Bescheid wissen.

Die Bevölkerung muss auf jeden Fall mitgenommen werden. Wir fordern Beteiligungsmöglichkeiten und Foren für die Bevölkerung. Dort kann genau nachgefragt werden. Dies sollte auch quartiersbezogen durchgeführt werden.

Wo befinden sich beispielsweise Angsträume? Wie empfinden unterschiedliche Bevölkerungsgruppen die Situation? Wo sehen sie Gefährdungspotenzial? Was würde ihnen mehr Sicherheit geben? Ist es zum Beispiel denkbar, dass im Bereich der Angsträume durch städteplanerische Maßnahmen mehr erreicht werden kann? Wie ist es auf dem Weg nach Hause? Andere Kommunen machen das sehr gut vor und bieten zum Beispiel ein Heimweg-Telefon an.